

Wien ist eine begehrte Stadt mit hoher Lebensqualität. Um die Standards aufrecht zu erhalten, müssen in den nächsten Jahren große Aufgaben gelöst werden. ExpertInnen der AK Wien haben sich mit den mannigfaltigen Problemstellungen auseinandergesetzt und Reformvorschläge für eine wachsende Stadt entwickelt. Im Oktober hat die Vollversammlung der AK Wien, das AK Parlament, den Leitantrag „Wien 2015-2020“ beschlossen. Wir zeigen die wichtigsten Aspekte von „Wien 2020“ und damit verbundene AK Forderungen in den Bereichen: Wirtschaft, Verwaltung, Verkehr, Arbeitsmarkt, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Mitbestimmung und Demokratisierung.



ARBEIT

Erfrischung für den Arbeitsmarkt



Mag Thomas Ritt
Leiter Abteilung
Kommunalpolitik der AK Wien



Mag Christian Resei
studierte Politikwissenschaft und
ist freier Journalist

MitarbeiterInnen
Mag^a Martha Eckl, Mag^a Ulrike
Gollonitsch-Gehmacher,
Mag^a Caroline Krammer, Dr Gernot
Mitter, DI Christian Pichler,
Djⁱⁿ Judith Wittrich

Wien muss eine beschäftigungsfördernde Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik betreiben und stärker auf schlechter ausgebildete ArbeitnehmerInnen zugehen.

Der Wiener Arbeitsmarkt ist sehr dynamisch. Er verfügt einerseits über einen hohen Anteil an sehr gut qualifizierten Arbeitskräften, andererseits gibt es viele Arbeitssuchende mit zu geringen Qualifikationen. Oft haben diese Menschen nur einen Pflichtschulabschluss und sind mit Abstand am häufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen.

Arbeitsplatznahe Qualifikation

Qualifikationen schlecht ausgebildeter Arbeitsloser sollen verstärkt an die Nachfrage der Unternehmen im Ballungsraum angepasst werden, fordert die AK. An der so genannten „arbeitsplatznahen Qualifizierung“ beteiligen sich waff, AMS und Firmen – Arbeitslose werden direkt für die

Anforderungen des Unternehmens ausgebildet, die Betriebe müssen sich allerdings an den Ausbildungskosten beteiligen. „Hier sind insbesondere Unternehmen und ihre Vertretungen in der Verpflichtung“, erklärt Gernot Mitter, Arbeitsmarktexperte der AK Wien.

Qualifikationsplan 2020

Der Qualifikationsplan 2020 will die Zahl formal nicht qualifizierter Menschen in Wien

„INSBESONDERE DIE UNTERNEHMEN UND IHRE VERTRETUNGEN SIND IN DER VERPFLICHTUNG, SICH AN DER AUSBILDUNG ZU BETEILIGEN“, GERNOT MITTER, ARBEITSMARKT-EXPERTE DER AK WIEN

en 2020



senken. Sei es durch eine Lehrausbildung oder eine schulische Ausbildung im Bereich des Gesundheits- und Pflegewesens (z.B. diplomiertes Krankenpflegepersonal). Zentrale Maßnahmen, etwa der Wiener Qualifikationspass oder das Wiener Anerkennungssystem sind derzeit in den Pilotierungsphasen. Zusätzlich ist die Zielgruppe der Asylwerber und Asylberechtigten heuer massiv gewachsen. AK Arbeitsmarktexperte Mitter: „Da wird man sich auch überlegen müssen, wie diese Menschen im Rahmen des Qualifikationsplanes 2020 besser an den Arbeitsmarkt herangeführt werden können.“

Zukunft für ZuwanderInnen

AsylwerberInnen sollen die Zeit bis zum Erhalt des Asylbescheids gut nutzen und sich in die Gesellschaft integrieren können. Dazu gehört das Erlernen der Sprache und eine Ausbildung, die auf dem Arbeitsmarkt verwertbar ist. Ausländische Bildungsabschlüsse sollen auf allen Ebenen anerkannt werden. Wichtig ist, die Integrationsbemühungen des AMS für Asylberechtigte/subsidiär Schutzberechtigte mit den Maßnahmen im geplanten „freiwilligen Integrationsjahr“ sinnvoll zu vernetzen. Ein „Wiener Integrationspfad“ mit guten Informations-, Begleit- und Ausbildungsangeboten – inklusive Arbeitserprobungsmöglichkeiten – muss entwickelt werden.

Leichter Zugang zur Mindestsicherung

Vergangenes Jahr haben beinahe 150.000

Menschen (rund 8% der Bevölkerung) bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) bezogen – mit steigender Tendenz. Mit ein Grund: in Wien sind BMS-Leistungen recht anonym zugänglich, während in ländlichen Gemeinden oft darüber „gewacht“ wird, wer welche Leistungen bezieht. Allerdings ist das Leistungsangebot der BMS in Wien teilweise schwer zu durchschauen – Betroffene sind von der Komplexität der Materie oft überfordert. „In Wien fehlt eine unabhängige Beratungseinrichtung für BMS-BezieherInnen“, weiß Experte Mitter. Auskünfte gibt es nur dort, wo auch der Antrag gestellt wird. Gernot Mitter: „Wenn ich aber Schwierigkeiten mit dem Sozialamt habe, hilft mir in Wirklichkeit nur die Beschwerdehotline der Sozialbehörde. Wir brauchen eine niederschwellige, unabhängige Beratungseinrichtung in Wien.“

Chancen am 2. Arbeitsmarkt

Gleichzeitig sollen Menschen wieder ins Erwerbsleben zurückkehren können. Doch besonders für Langzeitarbeitslose ist das schwierig. In Wien gibt es zu wenige Beschäftigungsmöglichkeiten am 2. Arbeitsmarkt, obwohl Projekte der Volkshilfe einiges verbessert haben. Dort können sich Frauen und Männer wieder an den Berufsrhythmus gewöhnen, sie werden betreut, um den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Die AK fordert mehr gute Projekte am 2. Arbeitsmarkt.

Die AK Wien fordert, dass innovationsfördernde Maßnahmen im Vordergrund stehen – sie sollen etwa den Strukturwandel zu wissensintensiven Dienstleistungen und stärker technologieorientierten produzierenden Unternehmen beschleunigen. In Zukunft müssen Unternehmen und Universitäten stärker kooperieren. Wichtig sind auch stärkere Investitionen in den Bildungssektor. Doch im Zentrum steht die Verbesserung der Zusammenarbeit der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, die als ein Wirtschaftsraum zu sehen sind. Finanzielle Grundlagen für Infrastrukturinvestitionen – von Schulen bis Öffentlicher Verkehr – müssen geschaffen werden. Zu den wesentlichen Voraussetzungen für den Erfolg dieser Strategien gehören die Durchsetzung des Bestbieterprinzips und eine gesetzliche Beschränkung der Sub-Subunternehmerkette. Begleitend müssen regelmäßige Kontrollen durch öffentliche Auftraggeber und verstärkte Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat erfolgen. In Zukunft müssen Faktoren wie Umweltbelastung, Qualitätssicherung, kürzere Bauzeiten oder soziale Kriterien wie die Ausbildung von Lehrlingen oder die Beschäftigung älterer MitarbeiterInnen berücksichtigt werden – das zeichnet Unternehmen aus, die Bestbieter sein wollen. Damit geht auch die AK Forderung nach der Gründung einer „Wiener Beschäftigungsgesellschaft“ Hand in Hand. Denn vor dem Hintergrund zahlreicher Arbeitssuchender mit sehr geringen Reintegrationschancen auf dem Jobmarkt wird diese neue Institution immer wichtiger.